

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

92. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Preis vierteljährlich hier mit Trägerlohn RM. 2.10, im Bezirk und 10-Km-Bezirk RM. 2.10, im übrigen Württemberg RM. 2.20. Monatlich Abonnement nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr für die einspalt. Zeile aus gewöhnl. Schrift oder deren Raum bei einmal. Einrückung 12 Pf. bei mehrmaliger entsprechend Rabatt.

Herausgeber Dr. Volkshochschule 5113 Stuttgart.

№ 248

Dienstag, den 22. Oktober

1918.

Unsere Antwort an Wilson

Berlin, 21. Okt. WTB. Die deutsche Antwort an Amerika gibt dem Präsidenten der Vereinigten Staaten anheim, zur Regelung der Räumung der besetzten Gebiete von militärischen Kräfteverhältnissen an der Front eine Gelegenheit zu schaffen. Sie vertraut, daß der Präsident keine Forderungen gutheißen werde, die mit der Ehre des deutschen Volkes und der Anbahnung eines Friedens unvereinbar sein würde. Sie verwahrt sich gegen den Vorwurf ungeschicklicher und unmenslicher Handlung. Die deutschen Truppen haben strenge Weisung, das Privateigentum zu schonen, und der Bevölkerung nach Kräften beizustehen. Die deutsche Regierung bestreitet besonders, daß bei der Torpedierung von Schiffen von deutschen U-Booten Rettungsboote absichtlich beschossen werden und schlägt vor, in allen diesen strittigen Punkten den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen aufklären zu lassen. Jedoch sind an alle U-Boote Befehle ergangen, die Torpedierung von Passagierschiffen nicht vorzunehmen. Weiter heißt es noch in der Note an den Präsidenten: Dem deutschen Volke stand bisher an der Regierung seine Mitwirkung an Krieg und Frieden nicht zu. Darin ist ein grundlegender Wandel eingetreten. Auch künftig kann keine Regierung antreten oder weiterführen ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reiches. Die Verantwortung des Reichskanzlers wird gesetzlich geregelt durch das deutsche Volk, das in seiner großen Mehrheit hinter den Reformen steht. gez. Solf.

Der Weltkrieg.

Bericht der deutschen Heeresleitung.

Wöchentliches Heft, 21. Okt. 1918. WTB. Druck.

Wöchentliches Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: In Flandern wurde vor unserer Front am 1. Oktober zwischen Arzel und Kortrijk heftig gekämpft. Den 14. November vorübergehend einrückenden Feind warfen wir im Gegenstoß wieder zurück. Weiter südlich bog sich der Feind auf dem östlichen Ufer des Schelde über den Fluß vordringendes Feind wurde zum größten Teile gefangen genommen. Ein Frontenwechsel blieb auf dem östlichen Ufer des Schelde. Der Feind trat zum Angriff vor. Auf den Höhen westlich und südwestlich von Bichte brachten wir keine Angriffe zum Stehen. Nördlich der Schelde waren wir den Feind vor unserer vorderen Front zurück. Bei Comines hat der Gegner die Schelde erreicht. Südlich Comines standen wir mit dem Feinde in der Linie östlich Comines und auf den Höhen östlich Comines in Gefechtsstellung. Bei Solemme griff der Engländer im Anschluß an die am 17. u. 18. Okt. begangenen Angriffe zwischen Le Cateau u. der Oise mit starken Kräften an. Bei Comines u. Verlain bildeten die Feind Angriffe erfolglos. Wo der Feind einbrang, wurde er im Gegenstoß hinausgeworfen. Im übrigen brachten wir den Vorstoß des Feindes auf den Höhen zum Stehen. Romers und Amerval gingen verloren, wurden aber im Gegenstoß wieder gewonnen. Weiter südlich Le Cateau haben wir unsere Stellungen nach wechselvollem Kampfe im allgemeinen behauptet. Die brandenburgische 44. Inf.-Division unter der Führung ihres Kommandeurs, Generalmajors Reas hat sich hier besonders bewährt. Der mit großer Wut unternommene Angriff des Feindes ist bis auf einen ganz unbedeutenden Geländegewinn an der Höhe östlich unserer durch Artillerie unterstützten Infanterie gescheitert.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: Nördlich der Sambre wurden Angriffe des Gegners abgewiesen. Südlich der Straße Loon-Maile überrannten wir im Gegenstoß Teile unserer noch in Feindeshand verbliebenen Linien und wiesen feindliche Grenangriffe ab. Nördlich an ostpreussische Grenadieren im Bereich mit

dem Inf.-Bataillon-Rgt. 231 im Gegenstoß die früher verlorenen Stellungen wieder und schlugen feindliche Angriffe ab. Westlich Soliers suchte der Feind seine am 19. Oktober erzwungenen Besitze zu erweitern. An der alten Straße des Inf.-Bataillon 401 und der 4. Kompanie des kaiserlichen Inf.-Bataillon Nr. 24 ist der Angriff des Gegners gescheitert.

Heeresgruppe Gallwitz: Ostlich Meninhoule wurden Teilangriffe der Amerikaner abgewiesen. Im übrigen blieb die Gefechtslage beiderseits der Maas in möglichem Stau.

Schicksallicher Kriegsschauplatz:

In der Nacht schlugen wir erneute Teilangriffe des Feindes zurück.

Der Chef Generalquartiermeister: Ludewig

Staatssekretär des Innern Trimborn über die Kriegsanleihe:

Die erste Pflicht des Reiches wird es stets sein, für die Zinsen der Kriegsanleihe zu sorgen.

Trimborn

Wilson und Oesterreich-Ungarn.

Kaiser Karl hat in einem Manifest die neue Verfassung der Donaumonarchie erklärt. Einen Tag später erklärt Wilson dieses Manifest für ungenügend. Der gegenwärtige Vorschlag der österreichisch-ungarischen Regierung kann nach seiner Meinung nicht in Betracht gezogen werden.

Wäre Krone in Oesterreich und auch bei uns hätten sich die Reaktionen an die Donaumonarchie anders gebildet. Man mußte, daß die Entente Oesterreich gegen uns auszuspielen werde, es liegt in schließlich in ihrem Interesse. Oesterreich uns abzusprengen. Deshalb überprüfte die Note Wilsons allgemein, und so mancher ist wieder um eine Hoffnung dimer. Der Zweck des amerikanischen Präsidenten ist offenbar der, in Oesterreich ein mächtiges Element aufzurichten. Für die Deutschen haben und bleiben ist es eine sehr wichtige Angelegenheit. Die nächste Zeit dürfte wohl in Oesterreich Ereignisse zeitigen, über die man jetzt wohl noch nicht sprechen kann.

Der Wortlaut der Note.

Staatsdepartement, 18. Okt. 1918.

Mein Herr! Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 7. d. Mts. zu bestätigen, worin Sie eine Mitteilung der kaiserlichen und königlichen Regierung an den Präsidenten übermitteln. Ich habe sehr den Auftrag vom Präsidenten, Sie zu ermahnen, so freundlich zu sein, durch Ihre Regierung die kaiserlichen und königlichen Regierung folgende Antwort zukommen zu lassen.

Der Präsident hält es für seine Pflicht, der österreichisch-ungarischen Regierung zu erklären, daß er sich dem gegenwärtigen Vorschlag dieser Regierung wegen gewisser Ereignisse von größter Bedeutung, die seit Abgabe seiner Adresse vom 8. Oktober sich ereigneten und politischerweise die Haltung und die Verantwortlichkeit der Regierung der Vereinigten Staaten ändern, nicht in Betracht



gleichem kann. Unter den 14 Friedensbedingungen, die der Präsident damals formuliert, kam folgende vor: Den Völkern Oesterreich-Ungarns, deren Pflanz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gewährt werden. — Seit dieser Zeit geschriebenen und vor dem Kongreß der Vereinigten Staaten ausgesprochen wurde, hat die Regierung der Vereinigten Staaten anerkannt, daß der Kriegszustand zwischen den Tschecho-Slowaken und dem Deutschen und Oesterreichisch-ungarischen Reich besteht und daß der tschecho-slowakische Nationalrat eine de facto kriegsführende Regierung ist, die mit entsprechender Unterstützung ausgestattet ist, die militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschecho-Slowaken zu leiten. Sie hat auch in der weitestgehenden Weise die Gerechtigkeit der nationalen Aspirationen der Tschecho-Slowaken nach Freiheit anerkannt. Der Präsident vertritt deshalb nicht länger über die Freiheit, die bloße Autonomie dieser Völker als eine Grundlage für den Frieden anzuerkennen, sondern er ist gezwungen, darauf zu bestehen, daß sie und nicht der Kaiser der Oesterreichisch-ungarischen Regierung ihre Aspirationen und ihre Auffassung von ihren Rechten und ihrer Bestimmung als Mitglieder der Familie der Nationen betrachten wird.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner höchsten Wertschätzung.

Gezeichnet: Robert Lansing.

Polnische Unverschämtheit.

Die „Germania“ schreibt:

Die Meldung aus Warschau, wonach laut „Kurier Polski“ im polnischen Kabinett drei Postfachbesitzer für Galizien, Polen und Litauen erteilt werden sollen, wird in „Tag“ bestätigt, als dieses Blatt meldet, daß neben zwei polnischen Völkern auch zwei Polen aus der Provinz Polen in das neu zu bildende Ministerium des Königreichs Polen einzutreten sollen. Ferner meldet der „Tag“, daß der polnische Regenthschaftsrat beschlossen habe, sich an die Polenklubs in Berlin und in Wien mit der Bitte um Entsendung von Delegierten nach Warschau zu wenden, um über die weitere Aktion zur Vermittlung des Programms zu beraten, das in der Verfassung des Regenthschaftsrates an den polnischen Volk festgelegt worden ist. Während also die deutsche Okkupation von Kongresspolen noch andauert, setzt sich, wenn diese Mittelungen stimmen, die von den beiden Mittelmächten ernannte oberste Behörde des Landes mit österreichischen — was uns nichts oder nicht viel angeht — und mit preussischen Unterleuten in Verbindung, um sie als Vertreter des „preussischen Anteils“ des neu zu gründenden unabhängigen Völkerreichs für die Zusammenlegung eben dieses Anteils mit dem von deutschen Waffen besetzten russischen Anteil zu gewinnen. Dies müßte eine entscheidende Stellungnahme der deutschen Regierung gegenüber der polnischen Regierung, die ihre Existenz den deutschen Waffen verdankt, notwendig machen.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ verlangt angesichts des stillen Stimmungsumschwungs der Polen gegenüber den Mittelmächten und insbesondere Deutschland, die Zurückziehung der deutschen Okkupation aus Polen. Das parteiispezifische Organ schreibt:

Wir sind der Meinung, daß die gegenwärtige Lage uns nicht nur berechtigt, dem polnischen Regenthschaftsrat die Verwaltung des Königreichs Polen im weiten Maßstabe zu überlassen, sondern wir fordern, und zwar mit Entschiedenheit, daß keine deutschen Truppen mehr zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Polen verbleiben, und daß keine deutschen Verwaltungsbeamten mehr dort zurückgelassen werden. Wir brauchen den letzten Mann der deutschen Westfront und wir brauchen den letzten Beamten in der deutschen Heimat, wenn durch seine Rückkehr ein Mann für die Front freigemacht werden kann. Ueberall fragt man sich im deutschen Volke, was denn eigentlich unsere Truppen und Verwaltungsbeamten in Polen noch zu suchen haben. Dank haben wir von dem polnischen Regenthschaftsrat nicht zu erwarten und unsere deutschen Polen danken uns das, was wir für die Errettung des polnischen Staates getan haben durch eine herausfordernde Haltung, wie sie sich auch in dem kürzlich veröffentlichten Aufruf der deutschen Polen wieder bekundet. Wollen die Herren in Warschau sich selbst regieren, so sollten wir sie daran nicht hindern.

Es ist eine Halbheit, wenn jetzt die Zivilisten



waltung in Polen abgebaut werden soll, während die militärische Verwaltung aufrecht erhalten werden soll. „Wir hoffen zuversichtlich“, so schließt die Korrespondenz, „daß die links stehenden Parteien, die ja stets das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Grundgesetz aufgestellt haben, nicht zögern werden, die vollen Konsequenzen hieraus für die Polen zu ziehen. Mag sich der Regentstempel, der mit so unmaßgebenden Worten der deutschen Regierung gegenüber steht, dann mit den polnischen Verhältnissen selbst auseinandersetzen. Der frühere Staatssekretär von Hinge hat einmal mit Recht davon gesprochen, daß wir nicht die Schulmeister der Welt seien. Wir wollen weder die Schulmeister noch die Gendarmen der Welt sein. Deshalb glauben wir, je eher man die Parole „Los von Polen“ ausgeben wird, um so besser wird es für uns sein.“

Wenigstens schreibt die „Kölnische Zeitung“ im Hinblick auf den in der „Germania“ wiederholt besprochenen Antrag der preussischen Polen:

„Wie furchtbar das mag so schroffe Los das Ansehen annimmt, wenn man seine wirklichen Grundlagen betrachtet, mag auch daraus noch hervorgehen, daß die Polen im Kaiserreich mit Angst der Stunde entgegensehen, wo ihr Gebiet räumen und unsere Truppen zurückziehen könnten. Sie wissen ganz genau, daß sie in demselben Augenblick von der Fiumelle des Volkswindes in unsrer Richtung überfüllt werden würden. Um das zu verhindern, haben sie uns förmlich gebeten, die von ihnen während des Krieges oft genug aufgeschleppte geschwächte militärische Besetzung noch weiterhin beizubehalten. Liegen die Ansprüche der Polen aber so, daß sie ihre Zukunft rücksichtslos auf dem Grunde unseres Vaterlandes aufbauen wollen, so könnten wir wirklich nichts Besseres tun, als Polen militärisch zu räumen. Wir haben während des Weltkrieges mit deutschem Blut die Freiheit und Zukunftsbegierde der polnischen Nation erdämpft, wir haben keinen Anlaß, die Polen vor einem Zusammenbruch durch das Volkswindtum zu bewahren, wenn unser Schicksal vor diesem nur dazu dienen soll, uns selber den Strich zu ziehen, an dem die Polen das Königreich wie die Polen Preußens dann auf der Friedenskonferenz unser deutsches Vaterland aufhängen wollen.“

Tagessummarien.

Die kommende Kanzlerrede.

Berlin, 20. Okt. W.D. Der Reichstag hat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen. In der am Dienstag, den 22. Oktober, 2 Uhr nachmittags beginnenden Vollversammlung wird zunächst der Reichskanzler das Wort ergreifen. Anschließend hieran findet eine allgemeine politische Aussprache statt, die voraussichtlich zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen wird.

Berlin, 20. Okt. Der Reichskanzler beabsichtigt die innerpolitische Aussprache, die sich an die Einbringung der Gesetzesvorlage über die innere Neuordnung anknüpfen wird, durch eine Rede über die innere Politik einzuleiten, welche ein Bekenntnis des Kanzlers zu den demokratischen Ideen sein soll. Die Mehrheitsparteien bereiten Anträge vor, welche den Wünschen des Abgeordneten Goheln über die Stellung der höchsten Militär Gewalt entsprechen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Anträge bereits auf die Tagesordnung der Dienstagssitzung gestellt werden.

Der deutsche Kaiser.

Haag, 20. Okt. Die Zeitung „De Nieuwlander“ schreibt: Der deutsche Kaiser trägt an dem Gang der Ereignisse wohl die geringste Schuld. Er hat für das deutsche Volk in aufrichtigster Weise nach Gutem gestrebt. Die Habsburger haben sich unzulänglich verdient um das deutsche Volk erworben. Wir bestreiten ganz entschieden, daß die Verschuldung, der deutsche Kaiser habe den Krieg gemacht, vor dem Forum der Geschichte standhält.

Gegen die Preisgabe Oberschlesiens.

Zahlreiche Äußerungen aus den Ostgebieten des Reiches zeigen die Erregung, die durch die großpolnischen Annahmen entstanden sind. In Gletwick in Oberschl. kam es, Blättermeldungen zufolge, sogar zu Straßen Demonstrationen. Die Volksmenge zog unter Führung der „Wacht am Rhein“ zum Bürgermeisterhaus. Reichwärtigerweise schritt die Polizei ein und nahm einen Teil der Demonstranten fest. Nach ihrer Freilassung wiederholten sich die Kundgebungen.

Die Verhaftung deutscher Staatsbürger, die gegen eine Preisgabe deutschen Bodens protestieren, ist — der Gipfel deutscher Völlerei im jüngsten Kriegsjahr!

Die nord-schleswigsche Frage.

Kopenhagen, 20. Okt. Zur Nord-schleswigschen Frage schreibt laut Berl. Ztg. Berlingske Tidende: In dem Augenblick, wo Deutschland sich zu den 14 Punkten Wilsons bekannte, wurde die Rückgabe Nord-schlewigens an Dänemark eine offene Frage. Jetzt, da das neue Deutschland das nationale Selbstbestimmungsrecht der Völker erklärt hat, muß natürlich auch unseren Landsleuten Gerechtigkeit geschehen. Man hat sich den Ausgleich schon jetzt in Form eines gütlichen Übereinkommens zwischen zwei Nachbarstaaten gedacht. Das wäre aus vielen Gründen ein ungeheurer Fehler. Die Regelung dieser unserer eigentlichen Lebensaufgabe wird bei Friedensschluß und nicht eher geschehen.

Dänische Forderungen?

Berlin, 20. Okt. Die „B. Z.“ berichtet: In parlamentarischer Rede wurde erzählt, daß die dänische Re-

gierung in einer Note, die allerdings in freundschaftlichem Sinn gehalten sei, die Durchführung des Artikels 5 des zwischen Preußen und Oesterreich im Jahre 1866 geschlossenen Friedens von Prag wünsche. Nach diesem Artikel 5 hat der Kaiser von Oesterreich dem König von Preußen seine im Jahre 1864 erworbenen Rechte auf die Herzogtümer Holstein und Schleswig mit der Maßgabe übertragen, daß die Bevölkerung der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen gibt, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden soll. Eine Befestigung dieser und ähnlicher Verträge ist einzuwirken mit Sicherheit nicht zu erhalten.

Aus Böhmen.

Prag, 20. Oktober. Wien. Korr. Bur. Der Statthalter Graf Coudenhove erläßt folgende Kundgebung: Die Neuordnung des Staatswesens ist im Gange. Unbehindert und auf Grund des freien Willens der Nationen soll sich die Entwicklung vollziehen, so wie ihr unter Monarchie die Wege wies. In der Übergangszeit bleiben die gegenwärtigen staatlichen Einrichtungen aufrecht und die Verwaltung legt ihre staatliche Tätigkeit ruhig fort und in kulturellen Grenzen sollen sich die neuen staatlichen Gebiete ordnen und fügen. Wer jetzt den Gang der Dinge gewaltsam zu ändern versuchen würde, beginge ein Verbrechen an seinem Volk und an dessen Zukunft. Kundgebungen politischer Natur innerhalb der gesetzlichen Grenzen wird nicht eingegegnet werden. Was, was aber um jeden Preis und bis zum letzten Augenblick geschützt und erhalten bleiben muß, ist öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit der Person und des Eigentums, die Grundlagen der Kultur und Zivilisation. In der gemeinsamen Abwehr solcher Verbrechen sind alle besonnenen Bürger eines Stammes. — Der Statthalter fordert alle Missetäter auf, Ruhe zu bewahren und schließt: Der Tag des Friedens ist nicht mehr fern und würde durch Versuche gewaltsamer Erhebungen nur hinausgeschoben werden.

Anklagen gegen den Grafen Burian.

In der österreichischen Delegation hielt der ungarisch-ukrainische Abgeordnete Wajlikow eine ausserordentliche Rede, in der er den Außenminister, Graf Burian, aufs schwerste angriff. Bei der Stellungnahme Wajlikows mußte allerdings berücksichtigt werden, daß er Gegner Burians wegen dessen Stellung in der polnisch-ukrainischen Frage ist. Immerhin ist es beachtlich, daß Wajlikow dem Grafen Burian vorwarf, sich wiederholt in der Beurteilung der politischen Verhältnisse aufs schwerste geirrt zu haben. Derselbe Tage vor dem Zusammenbruch Bulgariens hätte er noch mit Ferdinand ein Gespräch gehabt, und dennoch sei dem Grafen Burian die bulgarische Katastrophe überraschend gekommen. Durch seine Stellungnahme in der austro-polnischen Frage habe Burian in Deutschland

Reichstag und Regierung über die Sicherheit der Kriegsanleihen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamt, Graf von Roeder, hatte mit Vorsitzern des Reichstags eine Aussprache über die Kriegsanleihe. Es waren mit dem Reichslandpräsidenten Jehrenbach, dem Zentrum die Abgeordneten Gräber und Trimbarn, von den Sozialdemokraten die Abgeordneten Ebert und Scheidemann, von den Konservativen die Abgeordneten Graf von Westphal und Dietrich, von der Fortschrittlichen Volkspartei die Abgeordneten Wiemer und Fischel, von den Nationalliberalen die Abgeordneten Giese mann und Liff, von der Deutschen Fraktion die Abgeordneten Freiherr von Camp und Schulz-Drömler erschienen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamt erklärte u. a. folgendes:

„Man fragt nach der Sicherheit der Anleihen. Die Anleihen sind gesichert, formell durch das Versprechen von Regierung und Reichstag; materiell durch das, was hinter ihnen steht, die Arbeits- und Steuerkraft des ganzen deutschen Volkes. Treffend hat man die deutsche Kriegsanleihe als eine Hypothek auf unser Volkvermögen bezeichnet. Unser Volkvermögen steht in der Hauptsache noch unangefastet da.“

Das deutsche Volkseinkommen bietet eine Gewähr dafür, daß auch der Zinsendienst der Kriegsanleihen gesichert ist.

Bundesrat und Reichstag sind gewillt, den eingegangenen Verpflichtungen gerecht zu werden, insbesondere für Deckung der Kriegsanleihe in voller Höhe Sorge zu tragen.

Bei allen Steuern, die noch kommen, wird der Besitzer von Kriegsanleihe nicht schlechter gestellt werden wie der, der seiner Pflicht zur Zeichnung in dieser schweren Zeit nicht nachgekommen ist. Ich trete sogar dafür ein, daß derjenige, der sein Vaterland in schwerer Zeit finanziell nicht im Stiche gelassen hat, bevorzugt werden soll.

Die Kriegsanleihe ist eine Volksanleihe im besten Sinne des Wortes geworden, sie ist bereits jetzt in den Händen von Millionen zum großen Teil wenig vermittelter deutscher Reichsangehöriger, sie bildet den Grundstock des Vermögens ungezählter Sparkassen, Genossenschaften, wohlthätiger Stiftungen, die unseren Ärmsten dienen. Und weil das der Fall ist, würde kein Parlament und keine Regierung es wagen können, durch gesetzliche Maßregeln an der Sicherheit ihres Zinsdienstes zu rühren.“

Die Parteiführer des Reichstages

erklärten ihre volle Übereinstimmung mit der Auffassung, daß es weiter für Reichstag und Reichsregierung erste Pflicht sein muß, den Zinsendienst der Kriegsanleihen in zugesagter Höhe mit allen Mitteln sicherzustellen, und daß der Besitzer von Kriegsanleihe bei allen finanziellen und sonstigen Maßnahmen keine Benachteiligung, vielmehr nach Möglichkeit eine Begünstigung erfahren soll. Für die Durchführung dieses Bestrebens bürgt schon die Tatsache, daß unsere Anleihen Volksanleihen im besten Sinne des Wortes sind, die sich zum größten Teil in den Händen von Millionen wenig begüterter Volksgenossen befinden.

Bestimmung erzeugt, und dabei in der Friedensfrage in Berlin seinen Einfluss verloren. Waslikow, der seinerzeit in Brest-Litowsk bei den Verhandlungen zugegen gewesen ist, führt des weiteren, Bittberichtigungen zufolge, aus:

Es dürfte dem Grafen Burian nicht unbekannt sein, daß die Schritte der ukrainischen Volksrepublik in Bezug auf drei Faktoren beruhte: 1) darauf, daß Trozki kein Burian, sondern ein Idealist war, welcher einer Idee wegen solange wie möglich die Friedensverhandlungen verzögerte; 2) daß unser lieber Ministerpräsident Dr. Richard von Coudier Trozki hatte und in Anknüpfung an den ungewissen Ausbruch der Revolution in Wien ankündigte, wenn kein Frieden in Brest-Litowsk zustande käme; 3) daß unser militärischer Nachrichten dienst im Österreich-Ungarn keine Ahnung davon hatte, daß die russische Front schon zusammengebrochen war. Das sind die wahren Gründe, weshalb der Frieden, mit der Ukraine geschlossen wurde um jeden Preis, den die ukrainische Volksrepublik verlangte; und sie verlangte die Trennung Ostgaliziens und der südlichen Bukowina. Beim Grafen Burian traten alle anderen Schwierigkeiten und Folgen zurück vor der fixen Idee, daß unser Kaiser König von Polen werden könnte, gleichgültig, ob dabei ein Stück von Vesselsch und ein Stück des russischen Bundesgenossen hängen bleibt.

Schließlich war Waslikow dem Grafen Burian vor, das Verhältnis zu Putschland vorzubereiten zu haben. Vesselsch hätte nicht infolge der diplomatischen Geschäftlichkeit zum Frieden, sondern infolge der Nachgiebigkeit und der zwingenden Notwendigkeit für das Deutsche Reich, Frieden zu schließen.

Russische Gerüchte.

Berlin, 20. Oktober. W.B. Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt redaktionell: In der Presse lauscht erneut die Behauptung auf, der Krieg zwischen Deutschland und Japan hätte vermieden werden können, wenn die deutsche Regierung gewissen auf finanziellen Gebiete liegenden japanischen Wünschen entgegengekommen wäre. Die völlig unbegründete Behauptung ist schon früher von uns richtig gestellt worden. Gleichzeitig wird die angeblich einem Privatbrief entnommene Behauptung aufgestellt, der kaiserliche Vizekönig Graf Koj habe von Tokio aus, 48 Stunden vor der japanischen Niederlage geantwortet: „Ihr seid wohl Gespenster in Hinglan“, nachdem man ihn telegraphisch darauf aufmerksam gemacht hatte, daß in Japan sich etwas gegen Deutschland zusammenbraue. Wir können feststellen, daß ein solches Telegramm niemals ergangen ist.

Die Kämpfe in Rußland.

London, 19. Okt. W.B. Reuters. In Nordrußland verdrängen kürzlich Bolschewiktruppen in Stärke von 2000 bis 3000 Mann, unsere Truppen an der Wolga aus ihrer Stellung zu vertreiben, wo sie Solotko befehligt hatten, unsere angelegene Stellung ungefähr 160 Meilen nördlich von Tscheljabinsk. Der Versuch mißlang vollständig. In der Murmangebirgsregion schickte Truppen gegen Soroka vor, in der Absicht, die Eisenbahn an diesem Punkte zu sichern. Ueber die Lage der Truppen wird berichtet, daß ihr rechter Flügel in der Gegend von Scharjowinburg durch russische Streikkräfte aus Ostsibirien verdrängt wurde und einige Fortschritte gemacht hat. An anderen Punkten wurden die Truppen gezwungen, sich zurückzuziehen. Die Truppen in Transkaukasien rücken jetzt ostwärts vor, treiben die Bolschewik vor sich her und haben Dschib, ungefähr 110 Meilen östlich von Alesabad, besetzt. In Mesopotamien dehnen wir unsere Eisenbahn nördlich von Tehran beim Tigris aus. Unsere Vortruppen sind in Fühlung mit dem Feinde 18 Meilen nördlich von Tehran. — Palästinafront: In der vergangenen Woche machten wir schnelle Fortschritte. Unsere Kavallerie ist im Besitz von Mons und Erthal. Die Türken haben die Front südlich von Aleppo zurückgenommen, ohne Widerstand zu leisten, und es scheint, daß sie ihn auch nicht beabsichtigen. An diesem Orte ist eine bedeutende Streitmacht unter Liman von Sanders, ungefähr 12 000 Mann, zu hartem Widerstand aufgebieten.

Strafgericht des Großfürsten Nikolai?

Genf, 18. Okt. Nach „Echo de Paris“ soll Großfürst Nikolaus, einem Falschspruch aus Zerkow zufolge, am 16. Oktober hingerichtet worden sein.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 22. Oktober 1918.

Bestätigt wurde die Wahl des Amtsvorstehers Dr. Christian Beisch (gebürtig v. Effingen) auf eine Oberrealschule an der Mädchenschule in Cannstatt.

Auftreten der Grippe. Auch hierorts tritt die Grippe in den letzten Tagen häufiger auf. Die hiesige Latein- und Realschule ist aus diesem Grunde bis zum 26. ds. Mts. geschlossen worden.

Vom Tauschhandel mit Lebensmitteln. Der Tauschhandel, der zwischen den Landwirten und den Geschäftleuten in der Stadt getrieben wird, erreicht einen immer größeren Umfang. Dieser Auswuchs hat die Folge, daß für die Allgemeinheit gerade die notwendigsten Lebensmittel in zu geringem Maße zur Verfügung stehen. Vor allem sind die Landwirte auf Mehl- und Schmiermittel scharf. Da kann man nun sagen hören: „Ich laufe mit Lebensmitteln in die Stadt und gegen Tausch bekomme ich soviel Erdbrot wie im Frieden.“ Oder es kommen feinschnitzelige Herren aufs Land und sagen zum Bauern: Gib mir Eier, Schmalz, Mehl und Du bekommst aus meinem Rucksack Rauchbrot, die Bäuerin Stiefel, Kleiderstoffe. Einen großen Fehler machten die Behörden insbesondere: dadurch, daß sie die

Lebensmittel für die Landwirte erst im Spätherbst oder gar in den Wintermonaten verteilten. Dann sind die Bauern gezwungen, bald in obiger Weise zu versorgen.

Impersonationsklage gegen die Reichssteuerkollegium erließ die Anwaltschaft um Vollzug des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918. Zuständig ist das Bezirkssteueramt (Kameralkollegium, Hauptsteueramt), das den Abgabepflichtigen für 1918 zur Einkommensteuer veranlagt. Blüthig begünstigt der Vermögensabgabe ist, wer am 31. Dezember 1917 bezieherpflichtig war, begünstigt der Abgabe von Mehreinkommen, wer auf 1. April 1918 einkommensteuerepflichtig war. Vermögenserklärungen haben abzugeben, alle Personen, die mehr als 100 000 A Vermögen besitzen, wenn weder ein Kriegssteuer- noch ein Besitzsteuer- noch ein Feststellungsbescheid ergangen ist, wenn das Vermögen im Kalenderjahr 1917 durch Erbschaft, Lehen-, Fideikommiß- oder Stammgüterbesitz, infolge Vermögensverlustes oder auf andere Weise aus dem Nachlaß eines Verstorbenen von Todes wegen, ferner durch Schenkung oder durch eine sonstige ohne entsprechende Gegenleistung erhaltene Zuwendung sich um mehr als 5000 A vermehrt hat. Diese Personen haben die Vermögenserklärung in der Zeit vom 16. bis 30. November abzugeben. Bei Berechnung des Mehreinkommens wird als Friedensverdienst das steuerpflichtige Lohnverdienst bestimmt, mit dem der Abgabepflichtige auf 1. April 1914 zur Einkommensteuer veranlagt worden ist, falls nicht ein Antrag auf Festsetzung des Friedensverdienstes nach dreijährigem Durchschnitt der Jahresveranlagungen auf 1. April 1912, 1913 und 1914 vorliegt. Als Kriegseinkommen gilt das auf 1. April 1918 festgestellte Einkommen. Die Gesellschaften haben ihre Kriegseinkommenserklärungen im Oktober abzugeben. Die Veranlagung der Einzelpersonen und der Gesellschaften erfolgt durch den Vorsitzenden der Einkommensteuerermittlungskommission. Die Zustellung des Kriegseinkommensbescheides hat zu erfolgen, sobald die Veranlagung vollzogen ist. Oberbehörde ist das Steuerkollegium, Abteilung für direkte Steuern. Anträge auf Anwendung des Härteparagraphen sind diesem mit gutachtlicher Beurteilung des Bezirkssteueramts vorzulegen.

Kriegsbeschädigtenfürsorge. Bis Ende Juli 1918 sind von der Reichspostverwaltung 14 380 Kriegsbeschädigte zur dauernden Beschäftigung in den Dienst der Reichspost- und Telegraphenverwaltung eingestellt worden. Davon waren rund 6700 vor ihrem Eintritt in den Heeresdienst noch nicht bei der Reichspost beschäftigt. Ueber 3000 oder mehr als ein Fünftel der Gesamtzahl sind schwer beschädigt mit einer Invaliditätsrente von mindestens 50 % der Vollrente. Außerdem werden zurzeit noch mehr als 4500 Kriegsbeschädigte vorübergehend im Reichspost- und Telegraphendienst beschäftigt. Die Gesamtzahl der bis jetzt überhaupt bei der Reichspost tätigen Kriegsbeschädigten beträgt daher nahezu 19 000.

Saiterbach. In den letzten Tagen traf vom Feld die traurige Nachricht ein, daß Konrad Schwan, von Saiterbach, in den letzten schweren Kämpfen im Westen den Heldentod erlitten habe. Derselbe war erst in letzter Zeit vom hiesigen Kriegshospital mit seinem Regiment nach Westen gekommen. Es ist der Sohn des Jakob Schwan, Maurer- und Steinhauemeister von hier, Derselbe verliert in diesem Sohn eine große Stütze in seinem Geschäft. Die ganze Gemeinde nimmt regen Anteil an herben Verluste.

Saiterbach. Unter großer Trauerbegleitung wurde Sonntag mittag der 62jährige Jakob Klinger, Bauer von hier zu Grabe getragen, welcher durch Anschlag seines Pferdes so schwer getroffen wurde, daß derselbe sofort nach Nagold ins Bezirkskrankenhaus zur Rettung seines Lebens gebracht wurde; leider ist er an den erhaltenen Verletzungen am Abend nach gestorben. Der Verstorbene war ein fleißiger, fleißiger Mann gewesen, der sich trotz Hitze und Kälte nicht von der Arbeit abhalten ließ. Er hinterläßt Frau und zwei Töchter. Er ruhe im Frieden.

Schwanen. Freiheit ist der Zweck des Zwanges, wie man eine Kette bindet, statt daß sie im Staube klicke, frei sich in die Luft windet! Das Zarenium in Rußland, dieser Feind jeder Freiheit und politischer Regens, die Mißstände und Unbestände unter diesem Zarenium, der Prang eines Kriegenvolkes davon befreit zu werden, die Resolutionen und ihre Ursachen in Rußland und der „große Segen“ — dieser Staatsumkämpfungen war ein Thema, wissenschaftlich und notwendig für uns und unsere Gegenwart. Professor Schmid-Stuttgart sprach darüber im „Waldhorn“ am Samstagabend. Redner kamt die russischen Verhältnisse, was lange in Sibirien in Gefangenschaft und mußte von der neuen freiheitlichen Staatsveränderung, von dem Aufsteigen des Freiheitsgedankens seitens des russischen Volkes, von dem zügellosen Staatswesen, dem Leben und Treiben in den Gefangenenerlagern, der Behandlung der deutschen Gefangenen und seiner Flucht zurück nach Deutschland so viel und Packendes wie Abfahrendes zu berichten, daß man nach derartigen Zuständen nicht gelüftet. Wahrscheinlich, unter einer so verstandenen Freiheit, bei einem solchen mißverstandenen Staatsbürgerlichen Pflichtgefühl kann keine Nation, ob Monarchie oder Republik sich behaupten, geschweige denn bestehen. Der Redner beendete seinen hündigen Vortrag mit einer ruhig sachlichen Mahnung, den Kopf nicht zu verlieren, wenn es gerade jetzt nicht immer nach eines jeden Wunsch und Willen gehe. Wenn das deutsche Volk einen Frieden annehme nach der Auffassung seiner Gegner, dann sei Deutschland dahin! Schutzhilf Dengler zog resumierend aus dem Gehörten die folgerichtige Anwendung,

die großen, durch den Krieg und durch denselben, infolge unseres geregelten Staatwesens gemachten anhaltenden nicht unbedeutenden Verdienste, sollen pflichtschuldig wieder zur Hilfe und Stütze dem Staat als Kriegsanleihe wieder zugewiesen werden. Hauptlehrer Dittenbacher hatte die Bewusstseinsbildung eröffnet und sprach am Schluß sehr kernige Worte, wie die gegenwärtige Lage anzusehen sei. Dem Redner des Abends sagte er Dank.

Rohrbach. Ruhig denkende Gemüter sehen wohl schon lange voraus, daß unsere Parteipolitik, unsere Uneinigkeit in der Formulierung der Kriegsziele, unsere Regierungswahl und unsere eigenen Abgelenken zu einem Rückschlag führen müßten! Nachdem derselbe eingetreten, war es einleitend und erschreckend, einmal in ungeschminkter Rede in den Spiegel schauen zu können, und zu sehen, wie und warum wir auf diesem politisch toten Punkt ankamen. Professor Schmid-Stuttgart sagte uns das. Er unterzog die Gegenwartsfragen einer scharfen, zugemeinten Kritik, die darin gipfelte, der neuen Regierung unter allen Umständen Vertrauen entgegen zu bringen. Mit gespanntester Aufmerksamkeit folgten seine Zuhörer und waren dankbar, als er dem ersten Vortrag seine Liebeskühne aus der russischen Gefangenenschaft folgen ließ.

Aus dem übrigen Württemberg.

Neuenbürg. Der 15jährige Gärtnerlehrling Ernst Schmid von hier führte ein wahres Räuberleben; plünderte Gärtenhäuser und Bienstöcke und nächtigte im Freien. Aus der Erziehungsanstalt entflohen er. Durch Einwirken steht er alles Mögliche. Er wohnt in Feldhütten und zuletzt in einem unauffindbaren Versteck unter der Sog-Eisenbahnbrücke bei Neuenbürg. Der gemeingefährliche junge Räuber wurde soeben zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Neuenbürg. Die Grippe tritt auch im hiesigen Oberamt sehr stark auf und nimmt teilweise einen tödlichen Verlauf. In Höfen sind in letzter Zeit fünf Todesfälle zu verzeichnen.

Entingen. Sonntag abend wurde ein älterer Mann am hiesigen Bahnhof, als er unvorsichtig die Gleise überquerte, von einer dahersahrenden Lokomotive erfaßt und überfahren, wobei ihm beide Füße abgetrennt wurden. Der Verunglückte wurde alsbald nach dem Krankenhaus in Horb gebracht.

Veihingen a. E. Die Nachbarn gestern früh die Türe zu der Wohnung der Striederin Elise Seutter öffnen, fanden sie diese mit durchschatteten Haaren am Boden liegend tot vor.

Beste Nachrichten.

Blatt Nr. 67

Der Jahrgang 1921 in Frankreich.

Genf, 21. Oktober. Draht. Der „Temps“ meldet, daß der Herzog von York die Frage der Musterung des Jahrganges 1921 bis 1. November vertagt habe, da der Kriegsminister bis dahin wichtige Entscheidungen in Aussicht gestellt habe.

Die Wirren in Rußland.

Changhai, 20. Okt. W.B. Draht. (Reuters.) Im Ural wurden 8000 Bolschewik, die auf Zekaterinenburg vertrieben, von Tscheko-Slowaken und serbischen Streitkräften schwer geschlagen und zur Flucht gezwungen. 1000 Bolschewik wurden getötet. Drei Panzerzüge, 11 Lokomotiven und 60 Maschinengewehre wurden erbeutet.

Die Kriegslage am Abend des 21. Okt.

Berlin, 21. Okt. W.B. Draht. Amlich wird mitgeteilt: Der Feind beschränkte sich an den Kampfzonen auf Teilkämpfe, die abgewiesen wurden. Unsere Gegenangriffe gegen die vom Feinde besetzten Höhen auf dem östlichen Raaderfer, beiderseits von Souffrier, sind in gutem Fortschreiten.

Waldmühl. Wetter am Mittwoch und Donnerstag. Windig bedeckt, aber händel aufsteigend und mäßig kühl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Paul Gagg, Nagold. Druck u. Verlag der G. H. Jäger'schen Buchdruckerei (Hort Jäger, Nagold).

Amthliches.

Ag. Oberamt Nagold.

Bordrucke zu den Listen über Rüstungs-, Schwer- und Schwerfartarbeiter sind bei der Buchdruckerei Jäger in Nagold erhältlich.

Den 19. Okt. 1918. Reg.-Kat. Kommerell.

Auf Anordnung des Bundesrats hat der Bezirksrat am 17. ds. Mts. beschlossen, die Reichsammillenunterstützung (10 A und 20 A) wiederum um den Betrag von 5 A, also nunmehr im ganzen um 10 A, für jeden Unterstühten ab 1. d. Mts. aus Mitteln des Lieferungsverbands zu erhöhen, welcher Betrag, sofern er zur Hebung der Bedürftigkeit nicht zureicht, von den Gemeinden entsprechend weiter zu erhöhen ist.

Die Mehrlieferungen der Gemeinden werden, soweit sie nicht durch die Reichs- und Staatsbeihilfen (Mittel der Kriegsmobilfahrtspflege) ausgleich finden, zur Hälfte des restlichen Aufwands von der Amtshauptkasse ersetzt.

Den 19. Okt. 1918. Reg.-Kat. Kommerell.

Bekanntmachung.

Der neu gewählte Ortsvorsteher der Gemeinde Speilberg Friedrich Calmbach daselbst wurde heute verpflichtet und in sein Amt eingefetzt.

Nagold, den 19. Oktober 1918. R. Oberamt.

Reg.-Kat. Kommerell.



Rotes Kreuz Nagold.

Die Prüfung der Helferinnen vom Roten Kreuz findet am **Mittwoch, den 23. Oktober nachm. 3 Uhr** im Festsaal des Seminars, in Anwesenheit J. M. der Königin, statt.

Die Mitglieder des Bezirksausschusses werden hierzu freundlichst eingeladen. Nach der Prüfung Vereinigung im Gasthof z. Röhle.

Nagold, den 21. Oktober 1918.

Der Bezirksvertreter: **Helferinnen-Abt. Nagold:**
Hr. Kai Hammerl. Frau Jandger-Kat Klotzler.

Nagold, den 21. Okt. 1918.



Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, die mir bei dem raschen Hinscheiden unserer lieben Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Tante

Katharine Wagner Witwe

von allen Seiten erfahren durfte, sowie für die tröstlichen Worte des Herrn Geistlichen und die vielen Blumenspenden lagen herzlichsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen

Rottfelden, den 21. Okt. 1918.

Todes-Anzeige.

Trübsinnigen Verwandten, Freunden und Bekannten mache ich die schmerzliche Mitteilung, daß meine liebe Gattin, unsere gute Mutter, Tochter, Schwägerin u. Tante

Katharina Reuz
geb. Köhler

im Alter von 41 Jahren heute vormittag 1/2 11 Uhr von ihrem schweren Leiden erlöst wurde.

Im stillen Teilnahme bitten der Gatte **Jakob Reuz** mit seinen Kindern. Beerdigung Mittwoch, 23. Okt., nachm. 2 Uhr.

Völklingen, 21. Okt.



Todes-Anzeige.

Unser lieber Gatte, Vater und Großvater, Onkel und Schwager

Roman Miller

Postbote

ist nach kurzer Krankheit im Alter von 65 Jahren gestern gestorben.

Beerdigung Mittwoch vorm. 1/2 10 Uhr. Wir bitten, dies falls besonderer Angelegenheiten zu wollen.

Die trauernden Hinterbliebenen die Gattin: **Echardine Miller** geb. Wollensak mit ihren Kindern: **Sergi, Julius Miller**, 3. J. im Feld, mit **Frau Vina, Josef Miller**, Steinhauer, **Helene und Magdalena**.



Wiltberg, den 21. Okt. 1918.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Liebe und Teilnahme bei dem Tode unseres geliebten Satten, Sohn und Bruders

Kanonier Georg Huber

für die Teilnahme am Truergottsdienst, besonders auch seitens des Militärvereins, für den erhabenden Gesang des Kirchenchors und die tröstlichen Worte des Herrn Geistlichen lagen herzlichsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.



Rohrdorf, 19. Okt. 1918

Dankfagung.

Für die vielen wohlwollenden Beweise herzlichster Teilnahme, welche mir bei dem Hinscheiden unseres lieben Sohnes und Bruders

Ernst Seeger

erfahren durfte, lagern herzlichsten Dank. Familie **Ernst Seeger** z. „Sonne“.

Verloren

ging auf dem Weg nach Oberkammerdorf eine Halskette mit Medaillon. Abzugeben bei G. W. Zaiser.

Verloren

ging am Sonntag von Unterkammerdorf nach Nagold ein schwarzes Schal. Bei eintreffender Finder wird gebeten, denselben in der Geschäftsstelle d. St. gegen Belohnung abzugeben.

Kalender

zu haben bei **G. W. Zaiser, Nagold.**

Feldpostschachteln

aus fester, starker Lederpappe, in 6 Größen. Musterpakete mit 60 Schachteln Mk. 12.— Nachnahme

Ansichts-Karten

100 ff. verschiedene Serien-Glückwunsch-, Soldaten-, Blumen-, Mädchen- etc. Postkarten, 100 Muster Mk. 6.—

Glückwunschkarten

für alle Zwecke mit Kuvert 100 St. 5 Mk.

Brief-Mappen

mit 5 ff. Briefbogen und 5 Hüllen, 16 Mustermappen Mk. 4.—

Paul Rapps, Freudenstadt Nr. 310 (Wiltberg.)

Wart.

Unterjochmeter zeigt eine 36 Wochen trüchtige



Kalbin

kannte einen zweijährigen

Stier

dem Verkauf aus.

Jakob Rothfuß.

Unterjochmeter.

Unterjochmeter zeigt sehr



Pferd,

Braunste, mittleren Alters, gut im Zug,

dem Verkauf aus

u. kann diese Woche ein Kauf mit mir abgeschlossen werden.

Georg Sauer, Dreher.

Nagold, den 20. Okt. 1918.



Todes-Anzeige.

Tiefbetrübt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit, daß unsere liebe, treubeherrschte Tochter, Schwester und Schwägerin

Johanna Huzel

nach kurzer Krankheit unerwartet und im Alter von 30 Jahren heute in dem Herrn entschlafen ist.

Im stillen Teilnahme bitten

Friedrich Huzel mit Familie.

Beerdigung Mittwoch nachm. 3 Uhr.

Minderbach, den 21. Okt. 1918



Todes-Anzeige.

Tiefbetrübt teilen wir die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwester, Schwägerin, Schwiegermutter, Großmutter und Tante

Anna Köhler, geb. Rujmaul

im Alter von 72 Jahren und unsere liebe Tochter und Schwester

Anna Katharina Köhler

im Alter von 20 Jahren heute morgen unerwartet schnell gestorben sind.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Friedrich Köhler

mit Kindern.

Beerdigung Mittwoch nachm. 2 Uhr.

Walddorf, den 21. Okt. 1918.

Dankfagung.

für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, welche mir während der Krankheit und dem Tode unseres unvergesslichen Vaters



Joh. Bihler

Oberamtsbaumwart

erfahren durfte, für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte und für die ehrenvollen Nachrufe seitens des Landwirtsch. Bezirksvereins, des Bezirksobstbauvereins und des Vereins der Baumwärter sagen herzlichsten Dank die trauernden Hinterbliebenen.

Genehmigungsscheine

zum Weinkauf

sind vorrätig bei **G. W. Zaiser, Nagold.**

Gärtnerlehrling

Ein 14-jähriger, der den Gärtnerberuf gern erlernen wünscht, findet angenehme Lehrstelle bei

Philipp Mast Kauf- u. Handelsgärtner Calw.

Ein 14-jähriger

Junge

sucht Stelle

auf 1. Nov. als Schmied-, Mechaniker oder Schlosser.

Zu erfragen bei der Geschäftsstelle des Vaters.